

Aufruf zur Europawahl 2019

Der Fahrgastverband PRO BAHN ruft alle Mitglieder und Sympathisanten dazu auf, sich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung öffentlicher Verkehrsmittel an der Europawahl und den Diskussionen in deren Vorfeld zu beteiligen. Die Europäische Union kann auch künftig maßgeblich dazu beitragen, den öffentlichen Verkehr in den Regionen zu verbessern. Daher ist es wichtig, die EU zu stärken, um weitere Verbesserungen für die Fahrgäste von Bussen und Bahnen zu erreichen.

1. Das Europäische Parlament hat im Herbst 2018 beschlossen, die Rechte von Fahrgästen im Eisenbahnverkehr auszuweiten und die Entschädigung bei Ausfällen und Verspätungen zu erhöhen. Diese Verbesserungen werden aber erst nach der Abstimmung mit dem Europäischen Ministerrat und einem Kompromiss in Trilog-Verhandlungen wirksam. Wir fordern von den Parteien und ihren Kandidaten ein klares Bekenntnis zu den erweiterten Fahrgastrechten und deren zügige Umsetzung. Darüber hinaus fordern wir gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsmittel und klare Fahrgastrechte für die gesamte Reisekette.
2. Der Fahrgastverband PRO BAHN setzt sich dafür ein, Grenzhindernisse abzubauen, die europaweiten Bahnverbindungen zu verbessern, den Bau der transnationalen Trassen konsequent anzugehen, den Nachtzugverkehr auszubauen und den öffentlichen Verkehr durch europaweite administrative und technische Standards zu vereinfachen. Wir können deshalb keinen Rückfall in Nationalismen oder gar Kleinstaaterei akzeptieren.
3. Wir erwarten: Dort, wo viele Menschen zusammenkommen, sind Toleranz, Offenheit und Vielfalt von zentraler Bedeutung. Sie nehmen aufeinander Rücksicht, helfen Schwächeren und handeln in gegenseitigem Respekt. Alle Formen von Hass, Hetze und Gewalt laufen dieser Gemeinschaft zuwider.
4. Wir fordern die weitreichende Konsultation von Fahrgastverbänden bei allen verkehrspolitischen Entscheidungen. Dies betrifft insbesondere die Planung dringend benötigter Verkehrswege für den Ausbau klimaverträglicher Mobilität, die nicht nur Sache von Politikern, Verwaltungen, Anwohnern und Gerichten sein darf, sondern die Interessen der Nutzer an baldigen Verbesserungen und der Allgemeinheit an der Verkehrswende berücksichtigt muss.
5. Die Lücken im gegenwärtigen Flickenteppich von Fahrgastbeiräten unterschiedlichster Modelle sind schnellstmöglich zu schließen. Es ist Zeit für mehr Beteiligung in Verkehrs- und Fahrgastangelegenheiten in der gesamten Europäischen Union. Wir wünschen uns eine Politik im Europäischen Parlament, die gemeinsam mit den Fahrgästen für deren Rechte kämpft!